

Das Ende der Ampel-Koalition

Zahnärzte fordern Kurswechsel in der Gesundheitspolitik



„Jedem Ende wohnt ein Zauber inne“ – so könnte man frei nach Hermann Hesse die Reaktionen der Zahnärzteschaft auf das Aus der Ampelkoalition zusammenfassen. Ob die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar Deutschland tatsächlich einen echten politischen Neuanfang beschert, ist offen. Doch eines ist klar: In der Gesundheitspolitik braucht es einen radikalen Kurswechsel.

Flächendeckende Versorgung gefährdet

Ob es fünf vor oder bereits fünf nach zwölf ist, darüber lässt sich streiten. Fakt aber ist: Bis 2028 erreicht fast ein Viertel der bayerischen Vertragszahnärzte das Ruhestandsalter. Hunderte von Alterspraxen brauchen dann einen Nachfolger. Oder: Sie schließen! Denn niederlassungsnachwilliger Nachwuchs ist nach wie vor kaum in Sicht. Fast zwei Drittel der angestellten Zahnärzte unter 40 arbeiten mittlerweile als Angestellte. „Ich kann es ihnen nicht verdenken“, meinte der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott beim Festakt des Bayerischen Zahnärztetags. An sechs Beispielen zeigte er auf, warum die Gründung oder Übernahme einer eigenen Praxis immer unattraktiver wird. Ärgernisse wie die Budgetierung gebe es zwar schon seit den 1990er Jahren. Aber: Damals habe es keine fremdkapitalfinanzierte

Medizinische Versorgung gegeben, die quasi unbegrenzt expandieren könne.

Der Nachwuchs stimme derzeit mit den Füßen ab, indem er um die Selbstständigkeit einen großen Bogen mache. Dieses Phänomen kenne man zwar auch aus anderen „Branchen“ – etwa im Handwerk. Doch für Schott ist die Zahnmedizin Teil der Daseinsfürsorge. Und der gesetzliche Sicherstellungsauftrag liege nun einmal bei den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen. „Wenn es uns nicht gelingt, wieder mehr junge Kolleginnen und Kollegen für die Freiberuflichkeit zu begeistern, droht uns ein Praxissterben ungeahnten Ausmaßes.“

Freiberuflichkeit muss attraktiv bleiben

Der KZVB-Vorsitzende hält wenig davon, dem Mangel an niedergelassenen Zahnärzten durch Förderprogramme entgegenzuwirken. „Dieses Geld müssten wir aus dem Gesamtvergütungstopf entnehmen. Zudem sind Subventionen immer ein Beleg dafür, dass etwas schief läuft. Der Staat hat die Pflicht, die Rahmenbedingungen für die Berufsausübung und die Vergütung der Zahnärzte so zu regeln, dass die Freiberuflichkeit attraktiv bleibt.“ Denn nur mit angestellten Zahnärzten lasse sich der Sicherstellungsauftrag nicht erfüllen.

Schott verweist in diesem Zusammenhang auf den Konzentrationsprozess, der durch iMVZ ausgelöst wurde: „Keines dieser MVZ leistet einen Beitrag zur Versorgung im ländlichen Raum. Das Rückgrat der Versorgung bilden dort Einzelpraxen und kleinere Gemeinschaftspraxen.“

„Nutzen wir die Chance, unsere Positionen einzubringen!“

Dr. Dr. Frank Wohl, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, betont: „Um die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung zu erhalten, hilft nur eins: eine Regierung, die dafür sorgt, dass eine Niederlassung als Zahnarzt wieder attraktiv wird! Deshalb ist es so wichtig, dass wir Zahnärzte politisch denken und handeln. Gehen wir wählen und reden wir mit anderen Wählern! Unterstützen wir Parteien, die sich klar gegen eine Staatsmedizin aussprechen und gute Rahmenbedingungen für die Selbstständigkeit schaffen wollen!“

Der BLZK-Präsident weist darauf hin, dass die Parteiprogramme teils noch nicht abschließend verabschiedet wurden, teils nicht sehr detailliert sind und viel Spielraum für die politische Umsetzung lassen. „Lassen Sie uns diese Chance nutzen, um unsere Positionen einzubringen und zu erklären. Die Bayerische Landes Zahnärzte-



Fotos: Olaf Scholz: © picture alliance/dpa/AFP POOL | John Macdougall; Robert Habeck: © BMWK/Dominik Butzman; Christian Lindner: © privat; Friedrich Merz: © Tobias Koch

kammer betreibt das intensiv; auch jede einzelne Zahnärztin und jeder Zahnarzt hat viele Möglichkeiten, mit Menschen zu reden und sogar aktiv in gesundheitspolitischen Gremien mitzugestalten. Bürokratieabbau will jeder – aber nur diejenigen, die sich tagtäglich durch den Bürokratie-Dschungel kämpfen, kennen die Stellen, wo die Machete angesetzt werden muss. Digitalisierung wollen alle – aber nur wir als Betroffene wissen, was passieren muss, damit die Digitalisierung einen Mehrwert für unsere Praxen hat. Und nur wir Zahn-

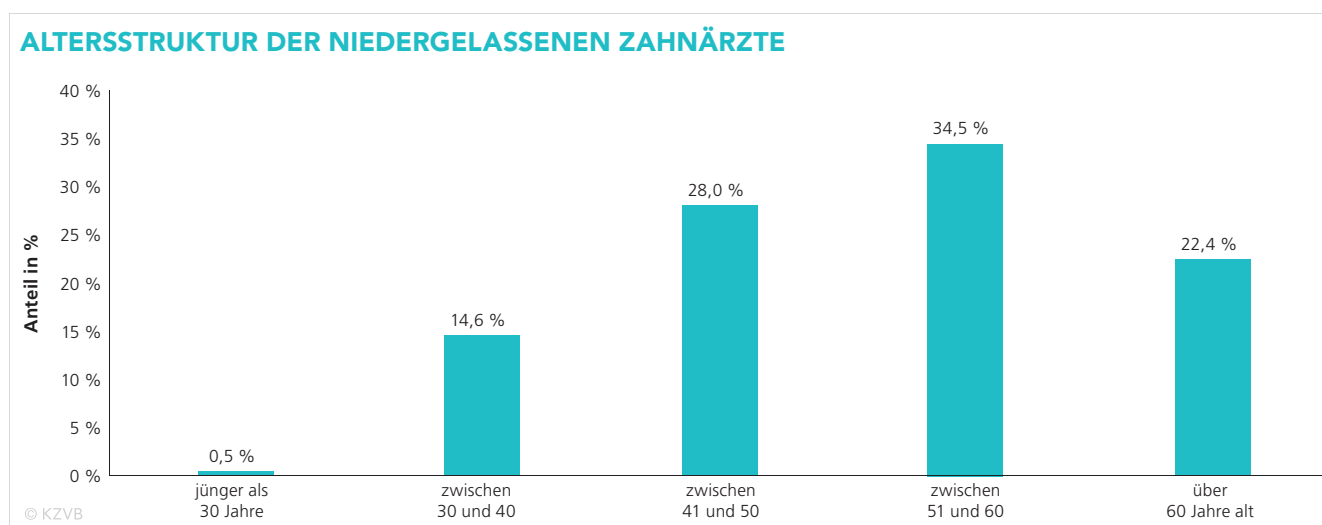
ärzte können erklären, dass eine GOZ-Anpassung notwendig ist, um unsere Angestellten leistungsgerecht zu bezahlen und der wissenschaftlichen Entwicklung Stand zu halten. Mit dem Punktwert von 1988 ist das schlicht unmöglich!“

Die Zahnärzteschaft kämpft für ein starkes Gesundheitssystem

Bei allem Ärger über die Gesundheitspolitik der letzten Jahre zählt BLZK-Präsident Wohl auf die Kollegenschaft: „Zahnärzte

haben ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, wie ein gut funktionierendes Gesundheitssystem gestaltet werden muss. Wenn es drauf ankommt, artikuliert sich der Berufsstand laut und deutlich. Das konnte jeder erleben, der dabei war, als im Juni weit über 1 200 Zahnärzte und ZFA bei unserer Kundgebung auf dem Marienplatz mit Trillerpfeifen und Transparenten faire Bedingungen gefordert haben.“

Redaktion KZVB
Redaktion BLZK



Ein knappes Viertel der Zahnärzte in Bayern ist 60+ und wird bald in den Ruhestand gehen.